



Sanierung trotz hoher Lärmbelastung?

KPÖ: Entweder deutliche Lärmreduzierung oder Umsiedelung!

Die Volksschule Maßweg und später die Neue Mittelschule sollen generalsaniert werden. Doch das Bundesheer hat neue Schallemissionsdaten vorgelegt, die gravierende Auswirkungen haben.

Lärmmessungen des Bundesheeres haben eine Zunahme der Lärmemissionen und damit eine Verschiebung der Lärmzonen ergeben. Dadurch liegen nun das Schulzentrum und einige gewidmete Wohngebiete innerhalb einer Lärmzone, in der die Lärmbelastung die dafür gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte überschreitet.

Dort ist nun eine Lärmbelastung von 60 Dezibel zu erwarten. Dabei sind 60 dB nur der Durchschnitt. Laut Angaben des Bundesheeres ist mit Lärmspitzen bis zu 105(!) dB zu rechnen.

Für uns ergibt damit eine völlig neue Sachlage. Die neuen Lärmdaten haben zwar keinen Einfluss auf die Genehmigung bereits errichteter Gebäude. Der Lärm dort ist aber Realität und übersteigt die gesetzlichen Grenzwerte.

Beeinträchtigungen und Schäden Grenzwerte sind nicht willkürlich, sondern dienen dem Schutz der Menschen vor gesundheitlichen Schäden. Da die Lärmgrenzen bei den bereits bestehenden Anlagen überschritten werden, muss dort mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und möglichen Schäden gerechnet werden.

Besonders betroffen sind Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen, da das kindliche Gehör besonders gefährdet ist. Die Studie „NORAH“, die im Auftrag des Landes Hessen von verschiedenen WissenschaftlerInnen erstellt wurde, kommt zu dem



Die Lärmbelastung im Bereich Volksschule Maßweg ist so hoch, dass dort bei einem Neubau kein Schulbetrieb mehr zulässig wäre.

Schluss: „Je stärker die Lärmbelastung, desto langsamer lernen Kinder lesen. Wächst der Dauerschallpegel um zehn Dezibel, sind die Kinder in den lärmbelasteten Schulen im Vergleich zu anderen einen Monat im Rückstand beim Lesenlernen, bei 20 Dezibel mehr sind es sogar zwei Monate.“

Um unseren Kindern die optimalen Lebens- und Lernbedingungen zu bieten, sollten Bildungseinrichtungen nur auf dafür geeigneten Flächen liegen. Das ist beim Schulzentrum nicht der Fall.

Sanierung neu betrachten
Wir sollten unsere Kinder nicht wissentlich einer gesundheitlichen Gefährdung aussetzen. Wir sind der Meinung unter diesen geänderten Umständen müsste die geplante Generalsanierung des Schulzentrums neu betrachtet werden. Deshalb haben wir den Antrag gestellt die Auftragsvergabe für die Sanierung von der Tagesordnung zu nehmen. Unser Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Zum Tagesordnungspunkt der Auftragsvergabe haben wir einen Antrag mit zwei Forderungen gestellt.

Fortsetzung ↻



Wir sind der Meinung: Entweder kann erreicht werden, dass der Lärm so reduziert wird, dass die Grenzwerte eingehalten werden können, oder das Schulzentrum sollte an einem anderen Standort neu errichtet werden.

Leider kam der nebenstehende Antrag nicht auf die Tagesordnung, da die Dringlichkeit von der SPÖ abgelehnt wurde. Die ÖVP und einige FPÖ Gemeinderäte wollten darüber diskutieren und stimmten für die Dringlichkeit.

In der Diskussion über die Auftragsvergabe verhallte unser Appell die Entscheidung zu verschieben leider ungehört. Die Aufträge wurden mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ vergeben.

Die KPÖ hat sich der Stimme enthalten. Wir haben unsere Bedenken vorgebracht, wollten aber nicht gegen die Sanierung einer Schule stimmen. Leider ist mit dem Beharren auf diesem Standort nicht die beste Lösung für die Kinder und das Lehrpersonal gefunden worden.

Antrag der KPÖ für die Gemeinderatssitzung am 13.2.2020

Der Gemeinderat der Stadt Spielberg möge folgendes beschließen:

1. Die Gemeinde Spielberg nimmt unverzüglich unter Einbeziehung unserer Nachbargemeinden und dem Land Steiermark Verhandlungen zur Reduktion der Lärmbelastung durch den Flugbetrieb mit dem Verteidigungsministerium auf. Ziel ist es, dass die Lärmbelastung auch bei den gewidmeten und teilweise bereits bebauten Flächen wieder den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Die geplante Sanierung der Volksschule Maßweg sollte bis zu einem positiven Abschluss der Verhandlungen ausgesetzt werden.
2. Sollten diese Gespräche zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis führen, soll die Sanierung der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen im Bereich der Einflugschneise noch einmal überdacht werden. Land und Gemeinde sollen dafür eintreten, dass die zusätzlichen Kosten einer allfälligen Umsiedelung aus dem Heeresbudgets finanziert werden.

Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!

Medikamentenmangel - Kapitalismus kann Ihre Gesundheit gefährden

Stellen Sie sich vor: Sie sind krank und plötzlich gibt es die Tabletten die Sie schon länger nehmen und gut vertragen nicht mehr. Oder Sie beginnen eine Therapie und mitten in der Behandlung steht das nötige Medikament nicht mehr zur Verfügung.

Genau das erleben viele Kranke in Österreich. Derzeit sind an die 800 Medikamente nicht lieferbar. Apotheken müssen auf Ersatzpräparate ausweichen oder Restbeständen nachtelefonieren. Die PatientInnen brauchen ein neues Rezept. Mehrarbeit und Kosten für alle Beteiligten - von den seelischen Belastungen ganz zu schweigen.

Für den Medikamentenmangel gibt es mehrere Gründe. Da Medikamente in anderen Ländern teurer sind als in Österreich schicken Großhändler die Medikamente ins Ausland und machen damit Extraprofit. Da Österreich ein kleiner Markt ist, bedienen die Pharmakonzerne bei Engpässen zuerst große Absatzmärkte. Am gravierendsten ist aber, dass es kaum noch heimische Produktionsstätten gibt.

Um noch mehr Profit zu erzielen haben Pharmakonzerne ihre Produktion in weit entfernte Billiglohnländer verlagert. Oft gibt es aus Rationalisierungsgründen nur mehr eine einzige Fabrik die ein bestimmtes Medikament erzeugt. Kommt des dort zu Problemen gibt es massive Lieferausfälle. Die

Konzerne haben den Profit, die kranken Menschen das Risiko. In diesem Fall kostet das grenzenlose Gewinnstreben vielen die Gesundheit, möglicherweise einigen auch das Leben.

Das kann nur geschehen, weil die Regierungen auf der Seite der Konzerne stehen. Die Auslagerung von Produktionsstätten und der freie Waren- und Kapitalverkehr wurden zugelassen. Sogar ein **lebenswichtiger Bereich** wie die Medikamentenversorgung wurde der Entscheidungsgewalt der Pharmakonzerne überlassen - und für die gilt das Prinzip des Maximalprofits.

Oft wird argumentiert, dass die Pharmakonzerne hohe Kosten und Risiken mit der Forschung hätten. Laut einer Berechnung des Daten-Analyse-Unternehmens „GlobalData“ investiert die Pharmabranche weltweit durchschnittlich um 150 Prozent mehr Geld in Marketing als in Forschung.

Das Beispiel des Medikamentenmangels zeigt den ganzen Aberwitz der kapitalistischen Produktionsweise meint Ihr...

...KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding
E-Mail: erich.wilding@hotmail.com



Antrag der KPÖ im Landtag: Lärm – auch das Land muss aktiv werden!

Wir haben nicht das Gefühl, dass SPÖ, ÖVP und FPÖ im Gemeinderat das Problem der Gefährdung durch Lärm ernst nehmen.

Bei der Schulsanierung geht es nicht nur darum, die beste Lösung zu finden. Es stellt sich auch die Frage, ob bei einer Sanierung in einer Lärmzone das Steuergeld optimal verwendet wird, und was das Land zur Verbesserung der Lärmsituation beitragen kann.

Wir haben unsere Landtagsabgeordneten Claudia Klimt Weithaler und Werner Murgg, gebeten aktiv zu werden. Nachfolgender Antrag wurde von der KPÖ im Landtag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Lärmdaten in Bezug auf den RedBull Ring entweder von der Österreich-Ring-GmbH und der Spielberg Projektentwicklungs GmbH anzufordern oder selbst zu erheben.
2. Diese Daten im Anschluss der Gemeinde Spielberg und anderen Gemeinden im Aichfeld zur Verfügung zu stellen.
3. Durch die Abteilung 15 Energie-Wohnbau-Technik eine lärmtechnische Prüfung des Flächenwidmungsplans und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Spielberg durchzuführen und einen Lärmkataster für Spielberg und das Aichfeld zu erstellen.
4. Bedarfszuweisungen und Förderungen, etwa für

die Sanierung und Neuerrichtung von Schulen, Kindergärten und Krippen oder Wohnbau in der Region Aichfeld, auch im Hinblick auf deren Lage im Bereich von Lärmzonen auf deren Sinnhaftigkeit zu prüfen.

5. Ein Maßnahmenpaket gegen die extreme Lärmbelastung der Menschen im Aichfeld zu schnüren.

Anträge für klare Richtlinien bei der Wohnungsvergabe abgelehnt



Die Gemeinde hat einige eigene Wohnungen und das Vergaberecht für mehrere Genossenschaftswohnungen. Sowohl FPÖ, als auch ÖVP und KPÖ stellten den Antrag nach klaren Regeln und Kontrollmöglichkeiten bei der Wohnungsvergabe.

Es gibt den Wunsch nach Transparenz. Im ÖVP/KPÖ Antrag wurden transparente Richtlinien für die Wohnungsvergabe nach den Hauptkriterien: **Wohnsitz in Spielberg, Kinder im Haushalt und der Höhe des Einkommens** gefordert. Besondere Kontrollrechte sollten allen Parteien, bzw. dem Prüfungsausschuss zukommen.

Leider hat die SPÖ-Mehrheit die beiden Anträge abgelehnt. Lediglich dass der Prüfungsausschuss die Vergaben prüfen könne wurde in Aussicht gestellt. Die Ablehnung der Anträge ist uns unverständlich.

Bundesheer rechnet mit Zunahme von Lärm- und Umweltbelastung!

2. Sicherheit der Militärluftfahrt

Das **Militärkommando STEIERMARK** teilt mit, dass gegen die ggstl. Absicht keine Einwände im Hinblick auf die Sicherheit der Militärluftfahrt erhoben werden, sofern auf

→ die Sicherheitszone für den Militärflugplatz ZELTWEG und die aus der Sicherheitszonenverordnung erfließenden Beschränkungen,

→ die aufgrund der möglichen Zunahme des stärkeren Militär-Flugbetriebes, insbesondere mit leistungsstärkeren Militärluftfahrzeugen, entstehenden Umweltbelastungen (Emissionen, Immissionen) und eine dadurch bedingte erhebliche Zunahme der Fluglärmbelastung im Umfeld des Militärflugplatzes ZELTWEG (für diesbezügliche Informationen steht das Bundesministerium für Landesverteidigung Sektion III/Abteilung für Umweltschutz zur Verfügung), → bestehende An- und Abflugstrecken Bedacht genommen wird und dies in den Planungen seinen Niederschlag findet.

Die oben zitierte Stellungnahme des Bundesheeres zu einer geplanten Flächenwidmungsänderung in Spielberg sollten die Alarmglocken schrillen lassen. Das Aichfeld ist ohnehin schon sehr stark durch Lärm belastet, sodass unsere Lebensqualität schon jetzt darunter leidet. Nun könnte es sogar noch mehr werden. **Es ist die Aufgabe aller Politiker-Innen in unserer Region eine weitere Belastung zu verhindern.**

Einladung zum KPÖ-Stammtisch

Reden, diskutieren, sich informieren
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat
KPÖ-Parteiheim Knittelfeld, Friedensstr. 10,
ab 18.00 Uhr

Nein zum Ankauf neuer Abfangjäger!

Die Bodenversiegelung geht weiter



Österreich ist Spitzenreiter in der Versiegelung von Grünland. Trotz schöner Sonntagsreden geht die Verbauung immer weiter.

Der Gemeinderat hat vor einiger Zeit beschlossen die gesamte Fläche im Anschluss an die „Playworld“ bei der Autobahn in Industriegebiet umzuwidmen.

Dann wurde eine Teilfläche dieses Areals für die Errichtung eines Autohauses umgewidmet. Nun wurde der Endbeschluss für die Herauslösung eines weiteren Teilstücks gefasst. Dort soll ein Auslieferungslager und ein Verkaufsshop der Firma „Casa Bugatti“ entstehen. Die KPÖ hat gegen beide Umwidmungen gestimmt.

Denn die zunehmende Bodenversiegelung ist ein großes Problem. Boden ist eine Ressource die nicht unendlich vorhanden ist. In Zeiten des Klimawandels sollte nur in sehr begründeten Ausnahmefällen Grünland verbaut werden.

Schutzgut Boden

In Österreich werden täglich 12,9 Hektar Boden versiegelt. Umweltschützerin Hofrätin MMag. Ute Pöllinger hat in ihrer Einwendung zum Spielberger Flächenwidmungsplan darauf aufmerksam gemacht, dass einer großen Fläche an Neuausweisungen als Bauland nur wenige Rückwidmungen gegenüberstehen. MMag. Pöllinger: „Darüber hinaus darf der oberflächliche Umgang mit dem Schutzgut Boden hinterfragt werden.“

Die Errichtung eines Autohauses und der Casa Bugatti auf der grünen Wiese zeigen, dass die Einwendungen der Umweltschützerin in keiner Weise ernst genommen wurden.

Keine Busanbindung geplant Ursprünglich hatte die Gemeinde für die neuen Geschäfte auch keine Anbindung an den öffentlichen Verkehr geplant. Erst das Land hat von der Gemeinde

die Errichtung einer Bushaltestelle verlangt. Spielberg ist Klimaschutzgemeinde. In den praktischen Handlungen der Gemeindeverantwortlichen ist davon nicht viel zu spüren.

Landtag: Antrag der KPÖ zur Bodenversiegelung

Flächenverbrauch und Bodenversiegelung sind ein massives Problem in der Steiermark. Deshalb hat die KPÖ im Landtag folgenden Antrag gestellt:

Die Forderungen der KPÖ:

- ➔ Kfz-Stellplätze sollen nur mehr ohne Bodenversiegelung, das heißt versickerungsfähig, errichtet werden dürfen.
- ➔ Baugenehmigungen für Gewerbehallen, Einkaufszentren und Industrieanlagen dürfen nur unter der Auflage erteilt werden, dass sie am Ende ihrer Nutzungsdauer vom Eigentümer auf dessen Kosten zurückzubauen sind.
- ➔ Ein Förderungsprogramm soll die Umstellung bestehender Heizungen mit fossilen Brennstoffen erleichtern.
- ➔ Festlegung von Zielwerten für die Bodenerhaltung bzw. für die Verbauung von Flächen.
- ➔ Einrichtung eines Leerstands- und Brachflächen-Monitorings, Untersagung von Neuwidmungen bei Vorhandensein von Leer- und Brachflächen.

Unser Antrag wurde im Landtag von Grünen und Neos unterstützt. SPÖ, ÖVP und FPÖ stimmten gegen die Vorschläge.

Taxigutscheine

Die SPÖ hat einen Antrag auf Erhöhung des Zuschusses der Gemeinde zu den Taxigutscheinen von 10 auf 50 Prozent gestellt. Wir haben diesen Antrag sehr gerne unterstützt.

Der Antrag sieht eine Begrenzung der Ausgaben für die Taxigutscheine auf 10.000 € pro Jahr vor. KPÖ-GR Erich Wilding wies darauf hin, dass eine Deckelung problematisch sei falls es am Ende des Jahres noch Bedarf gibt die 10.000 € aber aufgebraucht sind. Der Bürgermeister sagte zu, dass sicherlich alle Taxigutscheine finanziert werden, wenn nötig mit Nachtragsbeschluss.

Unsere Internetadresse:
www.kpoe-steiermark.at
KPÖ-Murtal ist
auch auf Facebook

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

Dienstag, 3. März

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr,
Voranmeldung: 03512/ 82240